

Was dem „European Green Deal“ fehlt

Kommissionspräsidentin von der Leyen möchte Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent machen, dafür braucht es stärkere industriepolitische Akzente. Die WVMetalle fordert daher einen wettbewerbsfähigen europäischen Industriestrompreis.

Schon in ihrer Bewerbungsrede vor dem Europäischen Parlament im Juli 2019 kündigte von der Leyen für den Fall ihrer Wahl einen „Green Deal for Europe“ innerhalb der ersten 100 Tage ihrer Amtszeit an. „Unsere drängendste Aufgabe ist es, unseren Planeten gesund zu halten“, sagte von der Leyen. Im ersten europäischen Klimagesetz soll das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 gesetzlich verankert werden. Der *Green Deal* beinhaltet außerdem einen neuen Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft, eine Biodiversitäts- sowie eine verschärfte Chemikalienstrategie für das Jahr 2030. Mit einem sogenannten „Null-Schadstoff-Ziel“ (zero-pollution ambition) soll zudem ein umfassender Ansatz unter Einbeziehung von Luft- und Wasserqualität, gefährlichen Stoffen, Schadstoffemissionen, Pestiziden und endokrinen Disruptoren erarbeitet werden. Damit ist

wohl eine Konkretisierung der bereits im 7. EU-Umweltaktionsprogramm vorgeschlagenen Initiative „Non-Toxic Environment“ zu erwarten. Bei der Umsetzung ihrer grünen Agenda und der EU-Klimapolitik kann sich von der Leyen auf den Niederländer Timmermans verlassen. Der Sozialdemokrat war in der letzten Legislaturperiode Vizepräsident der EU-Kommission. Zuarbeiten sollen ihm beim *Green Deal* vor allem Simson (Energieressort, Estland) sowie Sinkevičius (Umweltressort, Litauen).

Bisherige Industriepolitik enttäuschend

Dass Europa dringend industriepolitische Stimulierung braucht, zeigen auch die niedrigen Wachstumsraten vor allem beim produzierenden Gewerbe. Die EU droht in einigen Industriebereichen den

Anschluss an andere Weltregionen zu verlieren. Auffällig ist, dass – im Gegensatz zur Klimapolitik – die EU-Kommission sich mit ihrer Industriepolitik schwertut. Die bisherige Binnenmarkt- und Industriekommissarin Bieńkowska (Polen) konnte kaum Akzente setzen und ihre im September 2017 vorgestellte EU-Industriestrategie war enttäuschend. Im März 2019 forderte daher der Europäische Rat bis Ende 2019 eine langfristige industriepolitische Vision von der EU-Kommission. Doch inwiefern beim *Green Deal* industriepolitische Überlegungen bei der EU-Kommission eine Rolle spielen, ist bisher noch nicht abzusehen. Für die WVMetalle ist aber klar: Klima- und Umweltpolitik können nicht auf Kosten, sondern nur im Rahmen einer starken europäischen Industriepolitik erfolgreich sein.

POSITIONEN ZUR EUROPÄISCHEN INDUSTRIEPOLITIK

Entwicklung einer europäischen Industriestrategie

Ein erfolgreicher *Green Deal* kann nur mit einer starken und zukunftsfähigen Industrie gelingen. Dazu müssen die komplette Wertschöpfungskette einschließlich der Grundstoffindustrie betrachtet, der Zugang zu Rohstoffen gesichert, die Infrastruktur ausgebaut und Innovationen gefördert werden. Das schafft Planungssicherheit und Investitionsbereitschaft bei Unternehmen.

Erfolgreiche europäische Klimapolitik nur mit europäischem Industriestrompreis möglich

Will die EU ihr Ziel zur CO₂-Neutralität erreichen, bedarf es der Elektrifizierung industrieller Prozesse. Die NE-Metallindustrie setzt schon heute vorwiegend Strom als Energieträger ein. Dies gelingt langfristig aber nur mit dauerhaft wettbewerbsfähigen Strompreisen. Nur so sind Investitionen in neue, treibhausgasneutrale Prozesse möglich.

Richtig ausgestaltetes EU-Beihilferecht kann Klima und Unternehmen schützen

Die Strompreiskompensation und andere Kostenbegrenzungen werden heute als kritische Beihilfen angesehen, weil sie die laufenden Produktionskosten energieintensiver Betriebe betreffen. Für die Elektrifizierungsstrategie sind jedoch international wettbewerbsfähige Strompreise unerlässlich. Diese gilt es im Beihilferecht durch entsprechende Maßnahmen zu garantieren.

Zum Hintergrund der neuen EU-Kommission

Vom 23. bis 26. Mai 2019 fand die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Damit endet etwa zeitgleich auch die fünfjährige Amtszeit (2014-2019) von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Nach langen Diskussionen wurde als Nachfolgerin die ehemalige deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen von Rat und Parlament Mitte Juli 2019 bestätigt. Im September hat von der Leyen die weiteren Kandidaten für ihre Kommission in der kommenden Legislaturperiode 2019-2024 vorgeschlagen. Wegen des anstehenden Brexits verzichtete Großbritannien (vorerst) auf eine Nominierung. Die EU-Kommission muss im nächsten Schritt als Ganzes vom Europäischen Parlament und abschließend vom Europäischen Rat formell ernannt werden. Da aber mehrere Kandidaten, z.B. auch für das Industrieportfolio, bei den Anhörungen im Europäischen

Parlament durchgefallen sind, verzögert sich der ursprüngliche Zeitplan. Denn es müssen Alternativkandidaten nominiert und vom Parlament angehört und bestätigt werden. Die EU-Kommission kann daher frühestens am 1. Dezember 2019 ihre Arbeit aufnehmen (Stand Ende Oktober 2019).

Industriekommissar(in) gesucht

Das Portfolio *Binnenmarkt* soll die Bereiche Binnenmarkt, Industrie und audiovisuelle Medien verantworten sowie eine neue Generaldirektion für Verteidigungsindustrie und Weltraum aufbauen. Damit wäre der oder die neue EU-Kommissar(in) auch federführend für die Entwicklung einer neuen EU-Industriestrategie zuständig.

Der französische Präsident Emmanuel Macron bestand darauf, dass der oder die EU-Kommissar(in) mit diesem weitreichenden Portfolio aus seinem Land

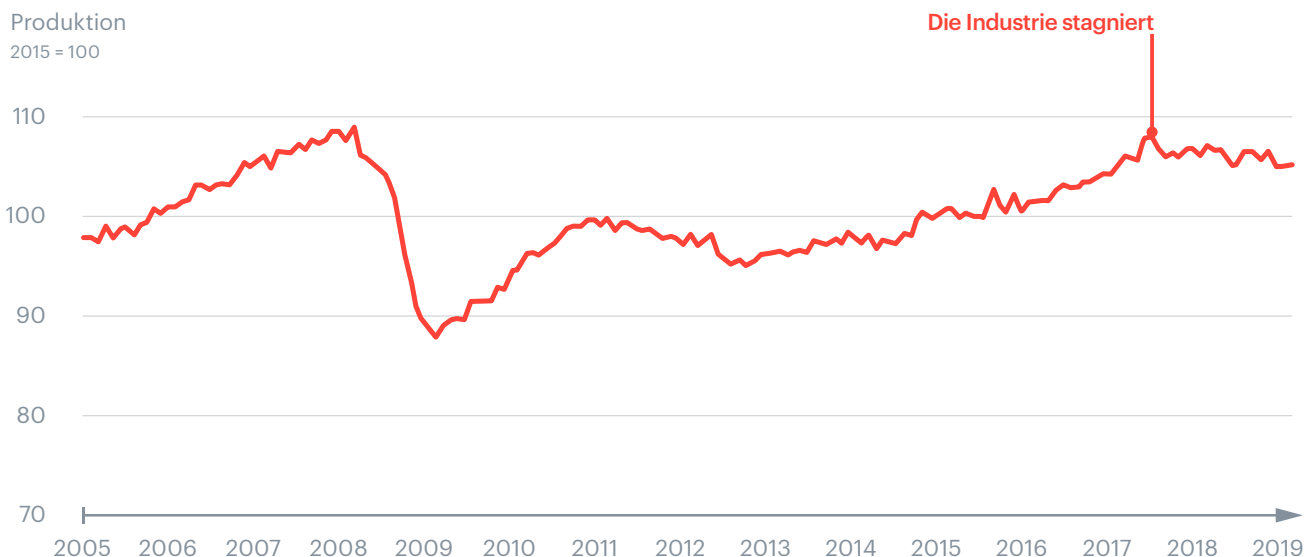
kommen solle. Bei den Anhörungen vor den Ausschüssen im Europäischen Parlament im Oktober 2019 konnte seine Kandidatin, die ehemalige Ministerin und Europaabgeordnete Sylvie Goulard, die Abgeordneten nicht überzeugen. Gegen Goulard laufen Ermittlungen wegen Scheinbeschäftigung. Ob der neue Vorschlag aus Frankreich, der Manager und ehemalige Wirtschaftsminister Thierry Breton, im Europäischen Parlament mehr Unterstützung erhält, ist Ende Oktober 2019 noch nicht abzusehen. Zu hoffen bleibt, dass die EU-Kommission mit einem oder einer starken EU-Kommissar(in) neben dem *Green Deal* stärkere industriepolitische Akzente setzt.



Kontakt
Tobias Schäfer

Telefon +32 (2) 502 1988
schaefer@wvmetalle.de

ANTEIL INDUSTRIELLER PRODUKTION IN DER EU



Quelle: eurostat, EU-28, Industrial production for total industry and main industrial groupings, 2005-2019